

Deutscher Städtetag zur Energiepolitik

Erneuerbare Energien beschleunigt ausbauen – Stadtwerke für sichere Energieversorgung

Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass die sieben ältesten Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sind und die im Herbst 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke erneut zur Diskussion steht. Damit besteht aus Sicht der Städte die Chance, die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu verbessern, zu dem sich der Deutsche Städtetag nachdrücklich bekennt.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, erklärte nach einer Sitzung des Präsidiums des kommunalen Spitzenverbandes in Hannover: „Die Städte und ihre Stadtwerke sind der geborene Partner für die Energieversorgung der Zukunft, die deutlich dezentraler strukturiert sein wird. Es ist richtig, den Stellenwert der erneuerbaren Energien zu erhöhen. Die Stärken der Städte und der kommunalen Unternehmen für eine verlässliche und sichere Energieversorgung sollten besser genutzt werden.“

Die Städte und ihre Unternehmen investieren in Zukunftstechnologien und bauen die umweltfreundliche Energieerzeugung in großen Schritten aus, betonte Frau Roth. Die Stadtwerke benötigen deshalb faire Wettbewerbsbedingungen, damit sie möglichst viel für den Klimaschutz bewirken können. Als ein Beispiel dafür, wie sich die Städte in der Energiepolitik erfolgreich für eine zukunftsweisende umweltfreundliche Energieerzeugung aufgestellt haben, nannte sie die Thüga-Gruppe, in der sich rund 100 Unternehmen zum größten Netzwerk kommunaler Energieversorger in Deutschland zusammengeschlossen haben.

Das Präsidium des Deutschen Städtetages stellte während seiner Sitzung in Hannover fest, es erwarte von der Bundesregierung, dass Vertreter der Städte und der kommunalen Unternehmen an der von der Bundeskanzlerin angekündigten Expertengruppe beteiligt werden. „Denn gerade die Kommunen und ihre Unternehmen treiben den Einsatz erneuerbarer Energien voran“, so Städtetagspräsidentin Roth. Der Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages zur Energiepolitik ist abrufbar in der Rubrik „Pressecke“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Inhalt

2–5 Im Blickpunkt

- Städtebauförderung
- Sparkassen und Landesbanken
- Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets
- Kommunalfinanzen 2010
- Gesetzentwurf Kinderschutz
- Städtetag: neuer Standort in Köln

3 Beschlüsse

6 Fachinformationen

8 Termine

Deutscher Städtetag nach Präsidiumssitzung in Hannover

Appell: Städtebauförderung stärken statt kürzen – Konsolidierung der Landesbanken nicht zu Lasten der Sparkassen

Der Deutsche Städtetag appelliert an Bundesbauminister Ramsauer, die Städtebauförderung für 2012 nicht erneut drastisch zu kürzen, sondern mindestens auf dem Niveau von 2010 mit 535 Millionen Euro zu erhalten. Zudem haben sich die Städte während einer Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetages in Hannover dafür ausgesprochen, den Konsolidierungsprozess bei den Landesbanken weiter voranzutreiben.

Angesichts der vergangene Woche vom Bundeskabinett beschlossenen Eckwerte für den Bundeshaushalt 2012 stehe zu befürchten, dass die Städtebauförderung nach einer erheblichen Kürzung im Jahr 2011 auf 455 Millionen Euro erneut drastisch reduziert werden soll. Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, sagte heute im Anschluss an eine Präsidiumssitzung des kommunalen Spitzenverbandes in Hannover: „Gerade das Programm ‚Soziale Stadt‘ hilft, benachteiligte Stadtviertel zu stabilisieren und in Integration und den lokalen Arbeitsmarkt zu investieren. Dieses erfolgreiche Programm für eine integrierte Stadtentwicklung stünde durch eine weitere Kürzung endgültig vor dem Aus. Zudem würden dringend notwendige Zukunftsinvestitionen komplett ausgebremst, die helfen, Stadtquartiere familien- und altengerecht umzubauen und energetisch zu optimieren und allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen. Das ist Sparen an der falschen Stelle.“

Sparkassen haben sich als stabilisierendes Element bewährt

Zum Thema Landesbanken betonte Ude, dass beim Konsolidierungsprozess der Landesbanken der Schutz der kommunalen Sparkassen unbedingt Vorrang vor einer Bestandssicherung einzelner Landesbanken haben müsse: „Die Sparkassen haben sich im Drei-Säulen-System des deutschen Bankenmarktes in der Finanzkrise als stabilisierendes Element bewährt und

genießen völlig zu Recht das besondere Vertrauen der Menschen in unserem Land. Die dringend notwendige Konsolidierung der Landesbanken darf deshalb keinesfalls die Sparkassen gefährden.“

Durch die tief greifende Krise auf den Finanz- und Bankenmärkten sei der lange bekannte Konsolidierungsbedarf bei den Landesbanken besonders deutlich geworden. Die Abhängigkeit der Landesbanken von hoch riskanten Finanzgeschäften müsse in Zukunft verringert werden. Dass könne aber nur gelingen, wenn die Kapazitäten der Landesbanken durch eine Zusammenführung von Instituten auf die tatsächlich im Markt benötigten Größenordnungen reduziert würden und wenn die Geschäftsmodelle der Landesbanken stabilisiert würden. „Die Sparkassengruppe insgesamt kann nur gestärkt werden, wenn wir zu effizienten Strukturen im Landesbankensektor kommen“, erklärte Christian Ude.

Nachdrücklich warnte der Deutsche Städtetag davor, Finanzierungs- und Haftungslasten für die Landesbanken auf die ohnehin äußerst angespannten städtischen Haushalte oder auf die kommunalen Sparkassen abzuwälzen. Auch müssten Wettbewerbsverzerrungen im Bankenmarkt zum Nachteil des öffentlichen Bankensektors verhindert werden. Ude betonte, die Sparkassen hätten mit ihren Beiträgen zu den Rettungsaktionen für die Landesbanken bewiesen, dass sie ihrer Verantwortung als Miteigentümer der Landesbanken gerecht würden. Bei allen künftigen Maßnahmen zur Stabilisierung und Neustrukturierung des Bankenmarktes müsse vor allem den berechtigten Interessen der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie der kommunalen Sparkassen Rechnung getragen werden.

Der Beschluss zum Thema Konsolidierung im Landesbankensektor ist abrufbar in der Rubrik „Pressecke“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Deutscher Städtetag zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes

Städte arbeiten mit Hochdruck an der Umsetzung des Bildungspakets für bedürftige Kinder

Die Städte leisten, was sie können, um das Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder umzusetzen. Das Gesetz zur Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze und zum Bildungspaket für Kinder trat am 30. März 2011 in Kraft.

„Die Städte arbeiten mit Hochdruck daran, um Kindern die neuen Leistungen wie Zuschüsse zu Vereinsbeiträgen oder für Nachhilfeunterricht so bald wie möglich zu vermitteln. Sie sind sich ihrer Verantwortung bewusst, den Kindern und Jugendlichen bzw. ihren Eltern in den Jobcentern eine qualifizierte Beratung und einen guten Zugang zu den Angeboten zu sichern. Es wird jedoch nicht von Anfang an alles rund laufen. Weil wir fast keine Vorbereitungszeit hatten, bitten wir dafür um Verständnis“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. Er erinnerte daran, dass die Kommunen erst im Vermittlungsverfahren, das am 21. Februar endete, für die neue Aufgabe für zuständig erklärt wurden.

Offene Fragen gebe es vor allem noch bei der Lernförderung. Hier müsse beantwortet werden, wer feststellt, ob Schüler Nachhilfe brauchen. Naheliegend

sei eine Zusammenarbeit mit den Schulen und Lehrern, weil diese beurteilen können, ob und in welchem Umfang Lernförderung sinnvoll ist. Auch die Höhe angemessener Stundensätze für Nachhilfe sei bisher unklar.

„Das Bildungspaket verbessert die Leistungen für bedürftige Kinder. Und die Städte sind bereit, dieses Ziel nach besten Kräften umzusetzen“, sagte Articus. Die im Gesetz enthaltene Revisionsklausel diene dazu, dass der Bund den Kommunen einen vollen finanziellen Ausgleich für die Leistungen und den damit verbundenen Verwaltungsaufwand verschafft, erläuterte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages weiter.

Der Deutsche Städtetag stellt für seine Mitgliedsstädte in Kürze einen laufend aktualisierten Katalog mit Fragen und Antworten zur Umsetzung des Bildungspakets in den Städten zur Verfügung. Sie finden das Dokument im Internetangebot des Deutschen Städtetages im passwordgeschützten Mitgliederservice Extranet im Bereich Soziales unter <http://extranet.staedtetag.de/tree/index.html?ebene=soziales>.

Beschlüsse des Präsidiums in Hannover

- **Konsolidierung im Landesbankensektor**
- **Energiepolitik**
- **Positionspapier „Integrierte Stadtentwicklungsplanung“**
- **Positionspapier „Stadt – Kreativität – Entwicklung“**
- **Novelle Personenbeförderungsgesetz**

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik „Presse-Ecke“/„Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Zusätzliche Informationen für Mitglieder des Deutschen Städtetages stehen in den einzelnen Fachbereichen im Extranet unter <http://extranet.staedtetag.de>.

Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu den Kommunalfinzen 2010

Städtetagspräsidentin Roth: „Finanzlage vieler Städte bleibt sehr ernst – erfreulicher Anstieg der Gewerbesteuer“

Die Ende März veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Kommunalfinzen im Jahr 2010 machen nach Auffassung des Deutschen Städtetages deutlich, wie existenziell notwendig eine spürbare Entlastung bei den Sozialausgaben der Städte durch den Bund ist.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, erklärte: „Die Finanzlage vieler Städte bleibt sehr ernst. Das Defizit der Kommunen stieg 2010 gegenüber dem Vorjahr an – auf 7,7 Milliarden Euro. Doch der wirtschaftliche Aufschwung hat uns geholfen, so dass schlimmere Befürchtungen glücklicherweise nicht Realität geworden sind. Vor dem Hintergrund der hohen Soziallasten ist es wichtig und hilfreich, dass Bundestag und Bundesrat vereinbart haben, die Kommunen schrittweise um die stetig steigenden Ausgaben der Grundversicherung im Alter zu entlasten und diese ab 2013 komplett zu übernehmen. Damit wird die Finanznot der Städte nicht beseitigt, aber in Zukunft in jedem

Fall verringert.“ Die kommunalen Sozialausgaben sind im vergangenen Jahr weiter um 4,5 Prozent auf einen Rekordwert von 42,1 Milliarden Euro angestiegen.

Als erfreulich bezeichnete die Städtetagspräsidentin den Anstieg der Gewerbesteuer um 7,7 Prozent im vergangenen Jahr. Damit werde bestätigt, dass die Gewerbesteuer eine gute Steuer ist, die sich nach einer Krise schnell erhole, auch wenn das Gesamtaufkommen 2010 noch unter dem Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise liege.

Mit Blick auf das laufende Jahr sagte Präsidentin Roth: „Viele Kommunen werden auch in diesem Jahr ihre Pflichtaufgaben nicht ohne neue Schulden erfüllen können. Deshalb müssen wir erreichen, dass Bund und Länder dauerhaft keine weiteren Belastungen der Kommunen ohne Ausgleich beschließen. Außerdem brauchen wir eine stärkere, verlässliche Beteiligung der Kommunen an der Kostenfolgenabschätzung von Gesetzen.“

Deutscher Städtetag zum Gesetzentwurf Kinderschutz

„Städte messen dem Kinderschutz allerhöchste Priorität bei – Prävention muss hohen Stellenwert haben“

Das Bundeskabinett hat Mitte März einen Gesetzentwurf für ein neues Kinderschutzgesetz verabschiedet. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, erklärte dazu:

„Der Deutsche Städtetag misst dem Kinderschutz allerhöchste Priorität bei. Die Städte haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Kinder wirksam vor Gefahren zu schützen. Mit dem neuen Anlauf für ein Kinderschutzgesetz will die Bundesregierung weitere Regelungen für einen aktiven Kinderschutz treffen. Dabei ist zu begrüßen, dass nicht allein Kontrollen und Interventionen in den Blick genommen werden, sondern auch dem präventiven Kinderschutz ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Der Einsatz von Familienhebammen ist ein richtiger

Ansatz und kann Türen öffnen, um Familien in belasteten Verhältnissen frühe Hilfen zukommen zu lassen. Allerdings bedarf es über eine Anschubfinanzierung hinaus einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage. Für den Deutschen Städtetag ist nicht nachvollziehbar, dass sich das Bundesgesundheitsministerium einer Diskussion darüber bislang verweigert. Richtig sind die vorgeschlagenen Regelungen zur Informationsweitergabe durch Berufsgeheimnisträger und zur Vermeidung des sogenannten ‚Jugendamtshoppings‘. Außerdem ist aber darauf zu achten, dass keine neuen bürokratischen Vorschriften eingeführt werden, wie zum Beispiel die flächendeckende Einführung von erweiterten Führungszeugnissen im Bereich des Ehrenamtes, die eine trügerische und nur scheinbare Sicherheit bieten.“

Deutscher Städtetag bezieht neuen Standort

Gereonshaus ist in Köln neuer Sitz des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen

Der Deutsche Städtetag, die Spitzenorganisation und Stimme der Städte in der Bundesrepublik, hat neue Geschäftsräume in der Innenstadt von Köln bezogen. Der seit vielen Jahren im Stadtteil Marienburg ansässige Kölner Teil der Hauptgeschäftsstelle des kommunalen Spitzenverbandes befindet sich jetzt im Gereonshaus, einem Bürogebäude im Bankenviertel. Das Gebäude ist vom Hauptbahnhof zu Fuß zu erreichen und liegt in unmittelbarer Nähe der Bezirksregierung und der Industrie- und Handelskammer.

Die neue Adresse des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen in Köln lautet:

**Gereonshaus
Gereonstraße 18-32
50670 Köln.**

Die Hauptgeschäftsstelle Köln ist unverändert unter der **Telefonnummer: 0221/3771-0** zu erreichen.

Mit dem Erwerb des Gereonshauses in Köln Anfang vergangenen Jahres hat der Deutsche Städtetag eine Standortentscheidung getroffen und ist damit auch in Zukunft mit seiner Hauptgeschäftsstelle in der

Bundeshauptstadt Berlin wie auch in der größten Stadt des Landes Nordrhein-Westfalen vertreten. Die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages arbeitet gleichzeitig auch als Geschäftsstelle des Städtetages Nordrhein-Westfalen – mit insgesamt etwa 125 Mitarbeitern in Berlin und Köln. An ihrer Spitze steht seit 1999 Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus.

Das denkmalgeschützte Gereonshaus wurde im Jahr 1909/1910 nach einem Entwurf des Architekten Carl Moritz errichtet, der unter anderem das alte Kölner Opernhaus entworfen hatte. Nach Kriegszerstörung wurde das fünfgeschossige Gebäude 1951 wieder aufgebaut und erweitert und in den 80er Jahren zuletzt modernisiert. Nun sind die Räumlichkeiten den Bedürfnissen des neuen Eigentümers angepasst worden.

Bislang im Haus des Deutschen Städtetages angesiedelte befreundete Verbände und Institutionen setzen ihr Wirken unter dem gemeinsamen Dach auch im Gereonshaus fort: Dies sind die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und die Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser im Deutschen Städtetag (EKK).

Modellprojekt „Integration verbindlicher machen – Integrationsvereinbarungen erproben“

„Integrationsvereinbarungen können einen wichtigen Beitrag im Bemühen um eine gelingende Integration leisten. Das Modellprojekt bietet die Gelegenheit, das Instrument unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu erproben. Wir erwarten die Ergebnisse mit großem Interesse“, sagte die Präsidentin des Deutschen Städtetages und Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth anlässlich der Auftaktveranstaltung für das Projekt „Integration verbindlicher machen – Integrationsvereinbarungen erproben“. Das Projekt ist am **1. April 2011** gestartet.

Als unmittelbare Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages beteiligen sich beispielsweise Essen, Freiburg, Göttingen, Hamm, Hannover, Leipzig, Ludwigshafen, Neumünster, Nürnberg, München, Stendal, Stuttgart, Saarbrücken, Wiesbaden sowie einzelne Stadtbezirke von Berlin und Hamburg an dem Modellprojekt.

Soziales

Publikation Qualifikationsprofil „Frühpädagogik“ für Fachschulen erschienen

Die Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte hat eine neue Publikation der Reihe WIFF-Studien veröffentlicht. Das Qualifikationsprofil „Frühpädagogik“ – Fachschule/Fachakademie entstand in Kooperation mit einer bundesweiten Arbeitsgruppe aus Fachorganisationen des Fachschulwesens. Ziel war es, ein berufsdidaktisch fundiertes Qualifikationsprofil für frühpädagogische Fachkräfte zu beschreiben, die auf dem Niveau der Fachschule ausgebildet werden. Die Publikation kann im Internet als Printversion bestellt oder als PDF-Datei heruntergeladen werden unter <http://www.weiterbildungsinitiative.de/publikationen/alle-publikationen.html>.

Jugend

Kommune goes international: Jugendarbeit in Kommunen stärken

Mit der Initiative „Kommune goes International“ soll die Internationale Jugendarbeit auf kommunaler Ebene gestärkt und jungen Menschen mit Migrationshintergrund und benachteiligten Jugendlichen bessere Zugänge ermöglicht werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Beratung und Qualifizierung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe für internationale Jugendarbeit. Auch die Kooperation und Vernetzung verschiedener Akteure vor Ort sowie mit den Strukturen auf Landesebene soll unterstützt werden. Das Programm startet im Mai 2011 und wird in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt. Bewerben können sich öffentliche Verwaltungen der Kinder- und Jugendhilfe aus Kommunen, die Interesse daran haben in enger Zusammenarbeit mit freien Trägern die internationale Jugendarbeit vor Ort zu stärken und auszubauen. Anmeldungen sind bis zum 29. April 2011 möglich. Die Initiative läuft insgesamt 3 Jahre. Die Federführung hat die IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. Weitere Informationen unter www.jive-international.de.

Städtebau

Arbeitshilfe erschienen: „Zum Umgang mit innerstädtischen Einkaufszentren“

Die Broschüre „Zum Umgang mit innerstädtischen Einkaufszentren“ gibt Hinweise für Kommunen, wie sich die Ansiedlung eines Einkaufszentrums stadtverträglich steuern lässt. In vielen Städten wird derzeit versucht, mit der Ansiedlung großer innerstädtischer Einkaufszentren die Zentren lebendig zu erhalten. Wie verträglich dieser Weg für die Quartiere ist, hängt davon ab, in welchen Lagen und Dimensionen solche Projekte realisiert werden.

Die Untersuchung wurde von Rolf Junker (Dortmund), Dr. Gerd Kühn (Difu, Berlin) und Dr. Holger Pump-Uhlmann (Braunschweig) erarbeitet. Die Broschüre des NRW-Bauministeriums steht zum Download bereit unter <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=9D2Z65MS>. Sie kann auch kostenfrei als Printexemplar unter der Nr. SB-145 bestellt werden bei den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss, E-Mail: mwebwv@gwn-neuss.de.

Personal

Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat die „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ gestartet. Mit der Offensive soll in den Ländern und Kommunen die Vernetzung gefördert und die lokale Beratungsarbeit unterstützt werden, um Menschen bei Diskriminierung zu helfen und sie über eigene Rechte und Möglichkeiten aufzuklären. Zu diesem Zweck wird die Antidiskriminierungsstelle insgesamt 1,2 Millionen Euro Fördergelder für die Gründung von Netzwerken gegen Diskriminierung zur Verfügung stellen.

Weitere Informationen zur Offensive können im Internet abgerufen werden unter www.antidiskriminierungsstelle.de oder www.netzwerk-gegen-diskriminierung.de.

Weitere Fachinformationen sowie Berichte aus den Gremien sind für Mitglieder des Deutschen Städtetages abrufbar in den Fachbereichen im Extranet des Deutschen Städtetages unter <http://extranet.staedtetag.de>.

**Hier
drin:**
Geld von der
NRW.BANK



NRW.BANK.Ideenwettbewerb 2011
Jetzt mitmachen!
www.ideenwettbewerb2011.de

Wir fördern Ihre Kommune.

Die NRW.BANK fördert die Kommunen und ihre kommunalen Einrichtungen mit zinsgünstigen und maßgeschneiderten Finanzierungslösungen für alle kommunalen Aufgaben und einem Beratungsangebot zum Kommunalen Zins- und Finanzmanagement. Fragen Sie uns danach: Tel. 0211 91741-4600 (Rheinland) oder 0251 91741-4600 (Westfalen-Lippe). www.nrwbank.de

Organisation

36. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!“

3. bis 5. Mai 2011 in Stuttgart

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Bildung

Weiterentwicklung kommunaler Bildungsnetzwerke

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
27. bis 28. Oktober 2011 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Soziales

Jobcenter von Kommunen und Arbeitsagenturen. Wer sitzt am Steuer?

Gemeinsame Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik
und des Deutschen Städtetages
11. bis 12. April 2011 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

14. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag

Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
7. bis 9. Juni 2011 in Stuttgart

Weitere Informationen unter www.jugendhilfetag.de

Kommunalkongress 2011

„Kinder & Jugendliche: Zukunft mit Perspektive – mehr Handlungsspielraum für Kommunen“

Kongress der Bertelsmann Stiftung
11. bis 12. April 2011 in Berlin

Weitere Informationen unter www.bertelsmann-stiftung.de

Wirtschaft

Technologiemesse „UrbanTec – smart technologies for better cities“

Veranstaltung der Kölnmesse mit Unterstützung
des Deutschen Städtetages
24. bis 26. Oktober 2011 in Köln

Weitere Informationen unter www.urbantec.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Seminar städtischer Pressereferenten des Deutschen Städtetages

18. bis 20. Mai 2011 in Leverkusen

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Städtepartnerschaften

XI. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz

Tagung des Deutsch-Russischen Forum e.V.
13. bis 15. April 2011 in Rothenburg

Weitere Informationen unter www.deutsch-russisches-forum.de

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Lindenallee 13-17, 50968 Köln, Telefon: 0221/37 71-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler, Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 022 24/90 21-21, Fax: 022 24/90 21-23, E-Mail: diederichs@medeya.de